
Aussprache

(Zu den Beiträgen: Hans O. Hemmer, Der DGB vor neuen Orientierungen?, Heft 11/89; Dieter Wunder, Der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ und das Selbstverständnis der Gewerkschaften, Heft 12/89; Karlheinz Biessing, „Die Wirklichkeit drängt zum demokratischen Sozialismus“, Heft 1/90)

Gewerkschaften brauchen keine sozialistische Tradition

Wie Hans O. Hemmer zu Recht feststellt, ist der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ ein außergewöhnliches Ereignis, welches die bundesrepublikanischen Gewerkschaften vor einige Probleme stellt. Es nützt allerdings wenig, die Gefahr zu konstatieren, daß Konservative, die schon immer Sozialismus mit Kollektivismus und Mißwirtschaft gleichgesetzt haben, die ideologischen Sieger aus dem wirtschaftlichen und politischen Bankrott des real gewesenen „Sozialismus“ sein könnten. Um zu verhindern, daß Konservative auf der ideologischen Konkursmasse des Marxismus-Leninismus ihr politisches Süppchen kochen, wäre es notwendig, selbst in die Offensive zu gehen.

Ehrlicher Weise müssen sich die bundesrepublikanischen „Linken“, und damit auch die Gewerkschaften eingestehen, daß aus diesem ideologischen Fundus eine „positive Utopie“ gebastelt wurde und daß zu Mobilisierungszwecken unbedenklich Anleihen daraus gemacht wurden. Viele gewerkschaftliche Aktivisten handelten in dem Bewußtsein, daß der „wissenschaftliche Sozialismus“ des Karl Marx die Legitimationsbasis gewerkschaftlichen Handelns sei. Nach dem 17. Juni 1953, nach Ungarn 1956, nach dem 13. August 1961, nach Prag 1968 und auch noch nach dem Panzereinsatz auf dem Platz des himmlischen Friedens 1989 war es für westliche „Linke“ möglich, diese Ereignisse als Pervertierung einer ursprünglich guten Idee zu relativieren. Durch den wirtschaftlichen und politischen Ruin des gesamten Blocks, der für sich zu Recht (!) in Anspruch nahm, nach den Prinzipien des „wissenschaftlichen

Sozialismus“ die Gesellschaft zu gestalten, wird deutlich, daß die Idee an sich pervers war. Die wirtschaftspolitische Ignoranz gegenüber der Vitalität und Flexibilität demokratisch verfaßter Industriegesellschaften, ist die Ursache des realen Ruins des „real existent gewesenen Sozialismus“. Ich will aber an dieser Stelle nicht wiederholen, was Dieter Wunder in bemerkenswerter Klarheit dargelegt hat.

Mir erscheint es allerdings notwendig zu analysieren, welche Rolle die sozialistische Ideologie in der bisherigen Geschichte der Gewerkschaften spielte. Wunder spricht dies an, wenn er sagt, daß die Vergewisserung von Traditionen nicht ohne Selbstkritik vonstatten gehen kann. Meine These dazu ist, daß die sozialistische Ideologie bei der eigentlichen Aufgabenbewältigung der Gewerkschaften, der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten, keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielt. Mag sein, daß die Gegenseite aus Angst vor einer sozialistischen beziehungsweise bolschewistischen Revolution Zugeständnisse machte und die Gewerkschaften als Verhandlungspartner akzeptierte. Mag sein, daß die sozialistische Ideologie, die Erwartung einer besseren Zukunft, die im übrigen auch vor dem Ersten Weltkrieg nie einheitlich definiert wurde, den Zusammenhalt und damit die Kraft der abhängig Beschäftigten bewirkte. Das eigentliche Ziel der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts war keine sozialistische utopische Gesellschaft, sondern die Integration, die Teilhabe in und an einer demokratischen Gesellschaft. Die Legitimationsbasis gewerkschaftlichen Handelns ist, entgegen der Ansicht mancher gewerkschaftlicher Aktivisten, nicht das „Kommunistische Manifest“, sondern das

Tarifvertragsgesetz. Gewerkschaften brauchen keine sozialistische Tradition, sie haben eine demokratische und, im besten Sinne des Wortes, liberale Tradition.

Der Rückgriff auf sozialistische Traditionen und ideologische Versatzstücke hat aber auch konkrete negative Effekte: Es kann nicht geleugnet werden, daß die abhängig Beschäftigten politisch und materiell in der bundesrepublikanischen, aber auch in den westeuropäischen Gesellschaften als Klasse integriert sind. Diese Leistung können sich die Gewerkschaften, die zugleich auch Repräsentanten der abhängig Beschäftigten sind, auf die Haben-Seite schreiben. An diesem Erfolg ändert auch die Tatsache nichts, daß die bundesrepublikanische Gesellschaft in wieder steigendem Maße soziale Defizite aufweist. Kritiker der sozialen Marktwirtschaft, die diese als Betrug an der Arbeiterklasse verunglimpften, griffen auch gleichzeitig die Gewerkschaften wegen einer Partnerschaftsideologie an, mit der angeblich die Aussöhnung der „revolutionären“ Arbeiterklasse mit den „Ausbeutern“ betrieben wurde. Paradoxaerweise sind diese „Kritiker“ innerhalb der Gewerkschaften oder im näheren Umfeld zu finden und beklagenswerterweise sind diese Gedankengänge weit über den engen Kreis der „Kritiker“ hinaus virulent. Mit dieser Denkweise wird das politische Selbstbewußtsein der Gewerkschaften geradezu verhindert. Die politische und materielle Integration der abhängig Beschäftigten ist positiv zu werten. Darin besteht die größte gestalterische und gesellschaftspolitische Leistung der Gewerkschaften. Die bundesrepublikanische Gesellschaft ist mit allen ihren positiven wie negativen Aspekten auch Ergebnis gewerkschaftlicher Politik. Darin hegt die Basis für organisatorisches Selbstbewußtsein ebenso wie für selbstkritische Reflexionen.

Nach und nach setzt sich in der gewerkschaftlichen Diskussion die Erkenntnis durch, daß die anstehenden gesellschaftlichen Probleme, insbesondere die Umweltproblematik, nicht mit dem herkömmlichen linearen Denken zu erfassen

oder zu lösen sind. Gefordert ist vernetztes, systemisches Denken. Gemäß der schlechten „marxistischen“ Tradition, waren Gewerkschaften bislang im linearen Denken befangen, und dies bezieht sich nicht nur auf die Natur und deren Ressourcen. Hier, und nicht nur in der natürlichen innenpolitischen Aufgabenstellung, wie Dieter Wunder feststellt, hegt die tiefere Ursache nationaler Ausrichtung gewerkschaftlicher Politik. Mit der platten Annahme von identischen internationalen Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Produktion erübrigt sich internationale Gewerkschaftspolitik und kann sich auf Kongreßdiplomatie und Solidaritätsadressen beschränken. Die internationale Dimension und internationale Auswirkungen gewerkschaftlicher Politik wurden von den Gewerkschaften bislang sträflich vernachlässigt. Angesichts des EG-Binnenmarktes werden diese Defizite überdeutlich.

Die von Dieter Wunder vorgeschlagenen Leitideen für eine zukünftige Gewerkschaftspolitik gehen in die richtige Richtung, bedürfen aber einer Konkretisierung. Ich bin der Ansicht, daß natürliche oder erworbene Ungleichheiten bestehen. Natürliche Ungleichheiten sind nicht gottgewollt und sind kein Qualitätsmerkmal. Erworbene Ungleichheiten sind Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Die Anerkennung individueller Ungleichheiten müssen Grundlage jeder demokratischen Gesellschaftspolitik sein, die sich zum Ziel setzt, die politische und materielle Partizipation aller gesellschaftlichen Individuen tendenziell zu verwirklichen. Gleichbehandlung von Ungleichheiten würde nur die Ungleichheit verschärfen.

Teilhabe aller an gesellschaftlichen, das heißt auch wirtschaftlichen Angelegenheiten, kann nicht bedeuten, daß diese Teilnahme in erster Linie über Repräsentativorgane geschieht. Repräsentativorgane neigen dazu, ein Eigenleben zu entwickeln. Es bedarf im Rahmen der Bundesrepublik keines weiteren Ausbaus repräsentativer demokratischer Strukturen. Um eine weiterge-

hende Demokratisierung der Gesellschaft zu forcieren, bedarf es vielmehr der Ausbildung partizipatorischer Kompetenz, die sich fundamental von der bisherigen Bildung organisatorischer Kompetenz im gewerkschaftlichen Bereich unterscheidet. Praktische Ansätze dazu liefern die gegenwärtigen Qualitätszirkelprojekte. Es wird viele Gewerkschafter skeptisch stimmen, daß auch im Unternehmenslager und in Managementzirkeln vernetztes Denken up to date ist. Dies sollte für Gewerkschafter aber eher Grund sein, in dieser Richtung aktiv zu werden, um nicht in der Zukunftsdiskussion hoffnungslos abgehängt zu werden.

Trotz der zu fördernden partizipatorischen Kompetenz sollten hinsichtlich der Möglichkeit einer permanenten individuellen Partizipation keine Illusionen gewährt werden, die jeden einzelnen Beteiligten überfordern. In vielen Fällen wird sogar die Bereitschaft zum Erwerb der entsprechenden Kompetenz fehlen.

Zur letzten von Dieter Wunder skizzierten Leitidee läßt sich sagen, daß ökonomische Interessen immer ein Bestandteil von menschlichen Lebensinteressen sein werden. Solange auf dieser Erde Hunger und Not als Schicksal des überwiegenden Teils der Menschheit existieren, wird das ökonomische Interesse nicht nur das bestimmende Lebensinteresse der Menschen bleiben, sondern auch zu Interessenkollisionen führen. Die Fronten in diesem Konflikt sind nicht nur durch Klassenzugehörigkeiten gekennzeichnet, sie verlaufen zwischen Nationen. Wenn diese Leitidee einen praktischen Nutzen haben soll, gilt es, das ökonomische Interesse der Nationen vor allem in der Dritten Welt nicht nur als legitim, sondern als dem unseren übergeordnet anzuerkennen. Jegliche Vorstellung vom Frieden auf der Welt steht und fällt mit dem Ausgleich dieser Interessen.

Die Revolutionen in Osteuropa haben gezeigt, daß keine Idee Absolutheitsanspruch beanspruchen kann und darf. Jede Theorie und handlungsleitende Ideologie muß jederzeit überprüfbar sein und über-

prüft werden. Wenn dies nicht permanent geschieht, sind - angesichts dynamischer Prozesse und sich verändernder Realitäten - Totalzusammenbrüche programmiert.

Otto Sundt,
Braunschweig

Ein Gegenvorschlag zur Neubesinnung

Dieter Wunder kommt beim Überdenken seines gewerkschaftlichen Selbstverständnisses zu durchaus überraschenden Ergebnissen und Empfehlungen. Da er diese vornehmlich an die Sozialisten unter seinen Kollegen richtet, halte ich eine kritische Erwiderung für angebracht. Ich möchte Wunders Aufmerksamkeit vor allem auf die folgenden für mich strittigen Punkte lenken:

1. Meine Kernfrage an Wunder ist, was er unter Sozialismus verstehen möchte. Für ihn gibt es offenbar eine Art sozialistisches „Lager“ mit zwei Abteilungen: zur einen gehören die demokratischen Sozialisten, zum anderen die un- oder antidemokratischen. Diesem „herrschenden“ Sprachgebrauch möchte ich mich auf keinen Fall unterwerfen. Für mich ist Sozialismus ein Zusammenhang deutlich formulierbarer Prinzipien und Handlungsmaximen für das gesellschaftliche Zusammenleben, zu deren *wesentlichem*, also *unverzichtbarem* Bestand auch die Grundsätze der Demokratie - in der Form von Freiheits- und Mitwirkungsrechten - gehören. Einen undemokratischen Sozialismus kann ich mir nicht vorstellen, für mich ist er ein Widerspruch in sich: ein hölzernes Eisen - er mag sich nennen, wie er will. Auch den von den Nazis so genannten „nationalen Sozialismus“ habe ich nie für Sozialismus gehalten.

2. Aus diesem Grunde ist der Konkurs des DDR-Systems — die Erziehungsdiktatur einer totalitären Partei plus Kommandowirtschaft - für mich auch kein Anlaß, mein Konzept von Sozialismus zu revidieren. Im Gegenteil: Ich sehe mich in meiner schon immer - auch in der DDR -

vertretenen Überzeugung bestätigt, daß dieses System von Anfang an - sozusagen seit Lenin - kein Sozialismus gewesen ist. Daß der FDGB der DDR sich als Nicht-Gewerkschaft erwiesen hat, ist auch für die Gewerkschaften des DGB kein Anlaß, etwa ihre Programmatik oder gar ihren „identischen“ Namen zu ändern.

3. Diejenigen unserer Gewerkschaftskollegen, die in der DDR ein „potentielles Vorbild“ sehen oder gesehen haben, nennen wir in der Regel Kommunisten, potentielle oder tatsächliche Mitglieder einer Partei gleichen Namens. Mit ihnen habe ich - aus guten Gründen - in unserer Einheitsgewerkschaft zusammengearbeitet, mich mit ihnen notfalls gestritten, sie jedoch nie für meine sozialistischen Zwillingsbrüder gehalten.

4. Die Tatsache, daß Gewerkschaftsprogramme, die auch Wunder mitträgt und unbesorgt mittragen kann, bestimmte Forderungen zur „Verstaatlichung“ gewisser Wirtschaftseinheiten und Konzepte für eine gesamtwirtschaftliche Planung enthalten, macht sie in meinen Augen nicht zu sozialistischen Programmen. Beide Forderungen können sehr verschiedene Ursprünge haben, sie allein machen - wenn überhaupt - noch lange keinen Sozialismus aus. Überhaupt scheint Wunder seinen „Gesamtsozialismus“ vorrangig oder ausschließlich unter einem ökonomistischen Vorzeichen zu sehen, wogegen ich unter Sozialismus ein *alle* Bereiche und Aspekte des menschlichen Zusammenlebens einbeziehendes *Gesellschaftskonzept* verstehe.

5. Wunder firmiert seine „demokratischen Sozialisten“ — für mich eine Tautologie, eine Sorte „weiße Schimmel“ - mit einem voreiligen Gedankensprung in „Sozialdemokraten“ um. Auch er sollte sich erinnern, daß sich die deutsche Sozialdemokratie unserer Tage - zumal als Volkspartei - aus verschiedenen theoretischen Quellen und historischen Ursprüngen speist und erklärtermaßen auch speisen will, zu denen auch der Sozialismus, aber nicht er allein gehört. Im übrigen haben auch sozialistische Kon-

zepte nicht nur eine - etwa die marxistische - Wurzel. Nicht jeder Sozialdemokrat muß oder will Sozialist sein, Sozialisten aber haben hierzulande gute Gründe, nicht nur in den Einheitsgewerkschaften des DGB, sondern auch in der sozialdemokratischen Volkspartei mitzuarbeiten und ihre Interessen zu vertreten. Eine Zensur sollte nicht stattfinden - weder hier noch dort.

6. Wunder fordert seine sozialistischen Kollegen auf, ihren Antikapitalismus zu überprüfen, da die „real existierenden“ Sozialdemokraten, womöglich auch die westdeutschen Gewerkschaften, in den bundesrepublikanischen Kapitalismus „integriert“ seien. Den Verzicht auf eine antikapitalistische Frontstellung halte ich für Sozialisten allerdings für unmöglich. Möchte Wunder etwa von „kapitalistischen Sozialdemokraten“, „kapitalistischen Gewerkschaften“, gar von „kapitalistischen Sozialisten“ reden? Auch hier scheint er wiederum seinem ökonomistischen Vorurteil zu erliegen. Der Kapitalismus der Bundesrepublik - Marktwirtschaft plus Sozialstaat - ist nicht (zumindest noch nicht ganz) mit der westdeutschen *Gesellschaftsordnung* identisch. Deren Rahmen wird in der Regel eine „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ genannt, die deutlich Denennbar ist und - auch nach oberster Rechtsprechung - die hierzur Zeit „herrschende“ Wirtschaftsordnung zwar als Möglichkeit einräumt, jedoch nicht zwingend vorschreibt. Es gibt also nicht nur Gründe, sondern auch Rechte, in der Bundesrepublik auch weiterhin - trotz DDR-Konkurs und nicht nur mangels DKP-Verbot - sozialistische Konzepte zu vertreten.

7. Die obersten Leitsätze kapitalistischen Wirtschaftens, also auch die Systemimperative „unseres“ Kapitalismus, schließen die von mir „sozialistisch“ genannten Prinzipien entweder aus, stehen ihnen konträr gegenüber oder weisen ihnen bestenfalls - etwa als „soziale“ Zutaten und Hilfskonstruktionen - einen dritten, vierten, jedenfalls minderen Rang zu. Was auf der anderen Seite bedeutet, daß etwa Marktmecha-

nismen, Wettbewerbskonstruktionen und privates Eigentum an Produktionsmitteln auch in einem sozialistischen Konzept oder System durchaus ihren Platz finden können und sollen, jedoch keinesfalls per definitionem „mit Vorrang“. Für vorrangig in einem sozialistischen Konzept halte ich vor allem die Prinzipien der brüderlichen Solidarität, der freien und gleichen Teilhabe aller am gesellschaftlichen Verkehr und seinen materiellen Ergebnissen und den pfleglichen Umgang mit allen natürlichen Lebensgrundlagen - von den Genen bis zum Tropenwald. Zum Beispiel verstehe ich Demokratie als ein *gesellschaftlich* notwendiges Handlungsprinzip, wogegen die real existierenden Kapitalisten, zumindest sobald es um die Demokratisierung des Wirtschaftslebens geht, erbittert opponieren und Sturm laufen.

Die in diesen Tagen besonders lautstarken Propagandisten unseres alltäglichen Kapitalismus plus Sozialstaat möchten die „soziale Marktwirtschaft“ ganz offenbar zur letztmöglichen Erfindung in Sachen Gesellschaftspolitik, zu einer Art Hauptschlüssel für die Lösung aller Menschheitsprobleme, als eine Sonderleistung „made in Germany“, an der die Welt genesen soll, hochjubeln. Das halte ich - national und international - für überaus gefährlich.

8. Nach meinem Verständnis ist Sozialismus die Fortsetzung eines mit den bürgerlichen Revolutionen - deren Jubiläum wir gerade erst gefeiert haben - begonnenen Projekts, das die Errungen-

schaften dieser Revolutionen als Basis und als Vermächtnis einbezieht und aufgreift und ihnen eine den zur Lösung anstehenden heimischen und Weltproblemen angemessene, also zeitgemäße Form gibt.

Mir ist klar, daß ich mit dieser Republik nicht alle von Wunder aufgeworfenen Streitpunkte aufgenommen habe. Ich habe mich - zunächst - auf die für mein auch gewerkschaftliches sozialistisches Selbstverständnis wichtigsten Eckpunkte konzentriert. Auch ich halte permanentes Nachdenken für notwendig, setze jedoch andere Vorzeichen als Wunder. Insofern lasse ich mich gern einen „Revisionisten“ nennen, der unter den hierzulande obwaltenden Verhältnissen die Chance hat, das Projekt eines „reformistischen“ Sozialismus zu vertreten. Für mich ist Sozialismus weder „Wunschtraum“ noch „Krücke“, weder „degeneriert“ noch „der bessere“, sondern eine aus Vernunftsgründen erwachsene Anleitung für praktisches Handeln im Alltag - auch der Gewerkschaften - und über den Tag hinaus. Wunder allerdings ist an der Entwicklung einer „Vision“ interessiert, von deren Strahlkraft jedoch bislang noch nichts zu verspüren ist. Ich befürchte, die von ihm akzeptierten „Bedingungen einer kapitalistischen Gesellschaft“, die er offenbar schon heute deutlich voraussieht, werden seinem Unternehmen sehr enge Grenzen ziehen.

Christoph Georgi,
Essen